

# Finanzausschuss

## Protokoll Nr. FINA/09/2014

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Finanzausschusses am 13.10.2014, Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:20 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitzender**

Herr Christian Conring

#### **Stadtverordnete**

Herr Peter Egan  
Herr Tobias Koch

- i. V. f. Herrn Waskow bis inkl.  
TOP 9 / 20:50 Uhr -

Herr Dirk Langbehn  
Frau Sybille Ott  
Herr Achim Reuber  
Herr Olaf Waskow

- ab 20:50 Uhr -

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Dr. Bernd Buchholz  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Volker Hielscher

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Yannick Klix

- Kinder- u. Jugendbeirat -  
- nur öffentl. Teil -

#### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Horst Kienel  
Frau Angela Haase

- Bürgermeister -  
- Berichterstatter -  
- Protokollführerin -

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde - *e n t f ä l l t* -
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschriften Nr. 07/2014 vom 08.09.2014 und 08/2014 vom 15.09.2014
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
  - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO - *e n t f ä l l t* -
    - 7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
  - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen - *e n t f ä l l t* -
8. Verschiedenes
  - 8.1. Rückzahlung von Zuweisungen für die Freifläche Große Straße
  - 8.2. Jahresabschluss 2010
9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 **2014/086**
10. Gewinn- und Verlustrechnung 2013 der städtischen Mietwohnungen **2014/112**
11. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer - *v e r t a g t* - **2014/116**
12. Änderung des Hebesatzes für die Allgemeine Kreisumlage im Rahmen der Haushaltssatzung 2015 **2014/117**  
- Anhörungsverfahren der kreisangehörigen Gemeinden gem. § 27 (4) FAG

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Herr Koch erklärt, dass er derzeit Herrn Waskow vertritt, dieser würde sich etwas verspäten.

## **2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Finanzausschuss beschlussfähig ist.

## **3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende erklärt, dass folgende Beschlüsse im Finanzausschuss am 08.09.2014 in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden.

1. Der Verlängerung des Mietvertrages für das Grundstück Hamburger Straße 61 wurde zugestimmt.
2. Der Finanzausschuss hat dem Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen zugestimmt, die für den Bau einer Entlastungsstraße „An der Strusbek“ und der Erstellung eines Kreisels „Beimoorweg“ benötigt werden.

## **4. Einwohnerfragestunde**

**- e n t f ä l l t -**

## **5. Festsetzung der Tagesordnung**

Die Mitglieder des Finanzausschusses beschließen einstimmig, die Tagesordnungspunkte ab TOP 13 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten und ggf. zu beschließen.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgesetzt.

## **6. Einwände gegen die Niederschriften Nr. 07/2014 vom 08.09.2014 und 08/2014 vom 15.09.2014**

Es ist zu korrigieren, dass als Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates, Herr Yannik Klix, im öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses am 08.09.2014 anwesend war.

Seitens des Finanzausschusses erfolgen keine Änderungswünsche.

Damit sind sowohl der öffentliche wie der nichtöffentliche Teil der Niederschriften Nr. 07/2014 vom 08.09.2014 und 08/2014 vom 15.09.2014 – hierbei handelte es sich um die gemeinsame Sitzung mit dem Hauptausschuss zum Jahresabschluss 2010 – genehmigt.

Als Anlage zu TOP 8.2 war dem Protokoll vom 08.09.2014 die erbetene Darlehensübersicht beigelegt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass somit zum 30.09.2016 ein Darlehen mit einem Zinssatz von 4,09 % und einem Restbetrag von rd. 3,4 Mio. € auslaufe und weiterhin zum 30.10.2017 ein Darlehen mit einem Zinssatz von 4,86 % und der dann noch geringen Verschuldung von rd. 516.000 €. In diesen beiden Fällen seien deutlich geringere Prozentsätze vorstellbar.

## **7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung**

### **7.1 Berichte gem. § 45 c GO - e n t f ä l l t -**

#### **7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt**

##### **Liquiditätsentwicklung**

Der Bericht umfasst den Zeitraum bis zum 14.11.2014 (46. KW). Der Berichterstatter teilt mit, dass sich derzeit rd. 1,2 Mio. € auf städtischen Konten befinden, ferner sind 5 Mio. € als Tagesgeld angelegt. Daneben werden rd. 220.000 € Zentralitätsmittel und Leistungen nach dem Familienausgleich erwartet sowie ein Umsatzsteueranteil in Höhe von rd. 450.000 € für das III. Quartal 2014. Für das III. Quartal 2014 wird auch der Einkommensteueranteil in Höhe von rd. 3,0 Mio. € erwartet, in Summe somit rd. 9,87 Mio. €.

In den nächsten Wochen fließen folgende Finanzmittel ab:

1,127 Mio. € Kreis- und Finanzausgleichsumlage, 170 T€ Sozialhilfe, 260 T€ Beamtenbesoldung, 148 T€ Defizitabdeckung badlantic, 720 T€ Entgelte für tariflich Beschäftigte und 40 T€ an den Kreis Stormarn für die städtische Beteiligung an den Kosten der Unterkunft (Grundsicherung) – in Summe somit rd. 2,61 Mio. €. Im Saldo verfügt die Stadt somit bis inkl. der 46. KW über liquide Mittel in Höhe von rd. 7,26 Mio. €. Ein- und Auszahlungen für investive Maßnahmen sind hierin noch nicht enthalten, da diese nicht einschätzbar sind.

Es wird ferner berichtet, dass zum Steuertermin November – 17.11.2014 - Gewerbesteuern in Höhe von rd. 5,5 Mio. € erwartet werden und Erträge aus der Grundsteuer B in Höhe von rd. 1,14 Mio. €. Der Bestand der liquiden Mittel könnte sich dadurch auf vorübergehend bis zu 13,93 Mio. € erhöhen.

Herr Kienel erklärt ferner, dass das Anordnungssoll der Gewerbesteuer derzeit bei rd. 22,9 Mio. € liege (Nachtragsansatz 2014: 21,4 Mio. €).

## 7.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen - *e n t f ä l l t* -

## 8. Verschiedenes

### 8.1 Rückzahlung von Zuweisungen für die Freifläche Große Straße

Im Hinblick auf die Zinsanteile bei der Rückzahlung von Zuweisungen für das Realisierungskonzept – siehe TOP 21/ Vorlage 101 der Stadtverordnetenversammlung vom 22.09.2014 – wird der Hintergrund erfragt. Frau Haase erläutert, dass es sich einerseits um Zinsanteile für nicht fristgerecht verausgabte Mittel handelte und andererseits Zinsen für zu hoch erhaltene Zuwendungen, in Summe rd. 60.500 €. Da die tatsächlichen Baukosten für den 1. und 2. Bauabschnitt (BA) (Straßenbau Große Straße) höher, die für den 3. BA (Freifläche Große Straße) aber niedriger ausfielen, konnte im Nachhinein kein Ausgleich der Kosten zwischen diesen Bauabschnitten erfolgen, sodass für den 3. BA zu hohe Zuwendungsmittel abgerufen wurden.

Auf Wunsch wird diesem Protokoll als **Anlage** der Rückforderungsbescheid der Investitionsbank Schleswig-Holstein beigelegt.

### 8.2 Jahresabschluss 2010

Der Vorsitzende verweist auf die Beratungen zum Jahresabschluss 2010 und den Schlussbericht, insbes. auf die darin genannte personelle Situation im Fachdienst Finanzbuchhaltung und fragt, wann mit einem Ergebnis der Organisationsuntersuchung zu rechnen sei.

Der Berichterstatter führt aus, dass das Ergebnis der Organisationsuntersuchung frühestens im November 2014 vorliegen werde. Sollte sich ergeben, dass eine personelle Verstärkung erforderlich sei, könnten diese Stellen noch in den Stellenplan 2015 eingearbeitet werden. Die Beratungen erfolgen im Hauptausschuss.

## 9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Der Berichterstatter informiert, dass der Ergebnishaushalt 2015 einen Fehlbetrag von 574 T€ ausweist und bei unveränderter Kreisumlage von 34,5 % nahezu ausgeglichen wäre, ferner, dass der Investitionsbedarf die investiven Einzahlungen 2015 um 7,24 Mio. € (ohne Tilgung) übersteigt. Eine Neuverschuldung sei im Haushaltsentwurf 2015 ff jedoch nicht eingearbeitet, ebenso nicht ggf. anteilige Zinsen und Tilgung für Neuverschuldung (auf das Szenario zum Schuldenstand im Vorbericht des Haushaltsentwurf 2015, Seite 24, wird verwiesen).

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Nach der Finanzrechnung Stand 30.09.2014 übersteigen die Erträge die laufenden Aufwendungen um rd. 420 T€ - ohne Einkommensteueranteile des III. Quartals 2014 und der Vorauszahlung für das IV. Quartal 2014 sowie den Steuertermin 15.11.2014; der investive Saldo belief sich zum Stand 30.09.2014 auf minus 2,5 Mio. €, insgesamt minus 3,2 Mio. € (Zeile 44 der Finanzrechnung). Die Finanzrechnung Stand 30.09.2014 liegt dem Finanzausschuss per E-Mail vor.*

Herr Egan regt an, die liquiden Mittel unter Berücksichtigung des Bestandes 31.12.2013 zu überprüfen, dieses insbes. im Hinblick auf eine erforderliche Neuverschuldung 2015. Seines Erachtens sollte sich eine Neuverschuldung auf die Maßnahmen des Produktes 54110/ Beimoor-Erschließung begrenzen.

Herr Koch verweist auf das im Haushaltsentwurf ersichtliche vorläufige Rechnungsergebnis 2013. Nach seiner Berechnung könnte der Ergebnishaushalt 2013 mit rd. 200 T€ im Plus abschließen. Dieses sei umso bemerkenswerter, da lt. Haushaltssatzung 2013 ein Fehlbetrag von rd. 4,4 Mio. € prognostiziert wurde. Seines Erachtens sei daher auch die Planung für 2014 und 2015 im Ergebnishaushalt deutlich ausgeglichener möglich.

Herr Dr. Buchholz schießt sich den Ausführungen nur bedingt an und verweist auf die Erstanalyse Herrn Egans per Mail vom 11.10.2014. In Jahren 2011 bis 2013 waren hohe Gewerbesteuererträge zu verzeichnen. Dieses werde sich nicht fortsetzen. Die Aufwendungen stiegen dagegen kontinuierlich, z. B. im Bereich Kindertagesbetreuung. Er kritisiert, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf aus Sicht der Verwaltung nicht genehmigungsfähig sei (da hohe Neuverschuldung nicht vermeidbar). Seines Erachtens hätte ein derartiger Entwurf zur Haushaltsberatung nicht vorgelegt werden sollen.

Herr Langbehn ergänzt, dass er sich den Ausführungen Herrn Kochs anschließen könne. Allerdings sollte beachtet werden, dass es einen hohen Sanierungs- und Investitionsstau gebe, z. B. werde der Ausbau der Hagener Allee kontinuierlich verschoben.

Herr Reuber erklärt, dass er den Haushaltsentwurf in dieser Form in Ordnung finde. Man dürfe nicht nur auf den Bereich der Aufwendungen schauen, sondern auch darauf, was die Stadt in den vergangenen Jahren geleistet habe.

Es sei Aufgabe der Politik, nun die Rahmenrichtlinien für den Haushalt zu setzen.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Investitionsbedarf für Holzhäuser und die Barrierefreiheit an den U-Bahnhöfen als neue Aufgaben und Kosten die Stadt belasten. Ferner weist er auf die Seiten 11 und 12 der Vorlage hin, wo die Verwaltung die aus ihrer Sicht wichtigen Maßnahmen benannt habe und erste Verbesserungsvorschläge unterbreite.

Der Berichterstatter teilt mit, dass sich hinsichtlich der Erschließungskosten des B-Plangebietes 88 Veränderungen für die Stadt abzeichnen. Hierüber wird im nichtöffentlichen Teil näher berichtet.

Im Anschluss werden Verständnisfragen gestellt und teilweise beantwortet, zunächst die Fragen Herrn Egans mit E-Mail vom 09.10.2014.

**1. Grundsteuer B**

**Vorschlag, den Ansatz 2015 von derzeit 4,97 Mio. € im Hinblick auf Wohneinheiten Erlenhof auf 5,17 Mio. € zu erhöhen.**

Für das Wohngebiet Erlenhof sind noch keinerlei Festsetzungen erfolgt, es bleibt abzuwarten, wann das Finanzamt die Veranlagung vornimmt. Die Verwaltung wird die Höhe der Messbeträge überprüfen und eine Änderung vorschlagen.

**2. Vergnügungssteuer**

**Vorschlag im Hinblick auf die Anhebung des Steuersatzes von 11 % auf 13 % der Nettokasse ab 2014 den Ertrag von 220 T€ auf 270 T€ anzuheben.**

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Das Anordnungssoll beträgt per Stand 15.10.2014 230 T€ und wird sich inkl. Dezember 2014 auf voraussichtlich 260 T€ erhöhen. Eine Veränderung auf 260 T€ scheint vertretbar.*

**3. Kostenerstattungen durch Private und Übrige/ Konten 4487XXX und 4488XXX**

**Vorschlag, die Kostenerstattungen von 243 T€ auf 700 T€ im Hinblick auf die Rechnungsergebnisse der Jahre 2011 bis 2013 anzuheben.**

Eine derart pauschale Erhöhung ist nicht veranschlagbar und nicht vertretbar. Den Kostenerstattungen liegen verschiedene Sachverhalte zugrunde. So ist im Haushaltsjahr 2013 z. B. eine Kostenerstattung aufgrund städtebaulicher Verträge Wohngebiet Erlenhof veranschlagt. Es handelte sich um die Kostenerstattung für die Ausgleichsflächen. Dieses ist nicht wiederholbar. Zugesagt wird, die Kostenerstattungen partiell zu überprüfen. Dieses wird sich insbes. auf die Kostenerstattungen in den Produkten 36515/ Kindertageseinrichtungen und 51100/ Stadtplanung beziehen.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Rechnungsergebnisse 2013 noch vorläufig sind. So wurde heute festgestellt, dass bei dem PSK 36515.448400 und 36515.4488000 Überzahlungen für zwei Haushaltsjahre - 2012 und 2013 – in 2013 veranschlagt sind. Es muss noch geprüft werden, ob hier eine Korrektur erfolgt. Die Zuordnung bewirkt für das Haushaltsjahres 2014, das dies derzeit keine Erträge aufweist.*

- 4. Defizitabdeckung badlantic:  
Vorschlag, den Planansatz von 1,8 Mio. € auf 1,6 Mio. € zu reduzieren.**

Hierzu teilt der Berichterstatter mit, dass er am 14.10.2014 ein Gespräch mit dem Geschäftsführer habe. Die ausgewiesene Defizitbezuschung sollte mit dem Wirtschaftsplan der BBG korrespondieren.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Das Gespräch hat stattgefunden. Von einer Veränderung des Haushaltsansatzes sollte derzeit Abstand genommen werden. Insbes. hat ein Einblick in die Kalkulation ergeben, dass allein neben verschiedenen baulichen Unterhaltungsmaßnahmen auch die Abschreibungen für das Unterdeck zu Buche schlagen. Die BBG wird zum Wirtschaftsplan erst Ende November 2014 beraten. Das Ergebnis sollte abgewartet werden.*

- 5. Zuweisungen öffentlicher Bereich, Konten 5311000, 5312000, 5314000 und 5318000**

**Hierzu wird eine Analyse der Zuwendungen in den Produkten mit dem Rechnungsergebnis 2013, Plan 2014 und Entwurf 2015 erbeten.**

Auf den Vorbericht zum Haushaltsplan 2015 ab Seite 31 wird verwiesen. Dort sind Zuweisungen und Zuschüsse an Vereine und Verbände, insbes. des Kontos 5318 aufgeführt, aber auch zu den Konten 5312 (siehe Produktbereich 55), 5314 und 5317 (siehe Produkt 36515). Ferner ist bei PSK 55100.5318000 eine Zuweisung von 300 T€ als Ausgleich für das B-Plangebiet 88/ Öko-Konten ausgewiesen.

Die Verwaltung weist ferner darauf hin, dass bei PSK 28110.5318000 einmalig für 2015 ein Haushaltsansatz von 431 T€ veranschlagt ist. Hierbei sind gem. Vorlage 2014/033 und entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem April 2014 215 T€ als städtischer Zuschuss für die Grundsanierung des Schlosses eingeplant. In Höhe von 100 T€ ist darüber hinaus in den Jahren 2015 bis 2018 der bisherige Zustiftungsanteil enthalten. In dieser Höhe könnte eine Reduzierung erfolgen, da die Stadt die Voraussetzungen für eine Zustiftung noch nicht erreicht. Zu erörtern ist in diesem Zusammenhang der regelmäßig erforderliche Zuschuss für die Stiftung Schloss Ahrensburg, der für 2014 mit 120 T€ beschlossen.



**Anmerkung der Verwaltung:**

*Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass es sich bei Konto 5311000/ Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an das Land in Höhe von 200 T€ ausschließlich um die Gastschulbeiträge für Schüler der Waldorfschulen handelt, siehe PSK 21815.5311000.*

Herr Langbehn teilt mit, dass er einige Fragen zum Haushaltsentwurf 2015 habe und bittet, diese bzw. Anregungen in der heutigen Sitzung vortragen zu können. Dem wird zugestimmt.

Zunächst regt er an, hinsichtlich der Top Ten der Gewerbebetriebe diese Liste dahingehend zu ergänzen, welche Jahre noch abzurechnen seien. Der Finanzausschuss stimmt zu.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Die Liste wurde erarbeitet und wird in der nächsten Sitzung nichtöffentlich vorgelegt.*

Herr Langbehn weist ferner darauf hin, dass ihm im investiven Teil häufiger die Aufgabe „Gebäudeleittechnik“ aufgefallen sei. Die Position sei dem Finanzausschuss, nicht den Fachausschüssen zuzuordnen.

Herr Langbehn fragt ferner – bezogen auf die Übersicht über Erträge und Aufwendungen nach Produktbereichen 2015 (Seite 17)-, ob die in Spalte 12 genannten Aufwendungen die in Spalte 13 genannten Personalaufwendungen mit umfassen. Dieses wird bestätigt.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Allerdings ist bei der Nachprüfung am Beispiel des Produktbereiches 42 aufgefallen, dass die Aufwendungen vollumfassend sind. Dieses bedeutet, dass nicht nur die in Spalte 13 dargestellten Personalaufwendungen mit enthalten sind, sondern auch die sog. internen Leistungsbeziehungen. Hierauf wird daher besonders hingewiesen.*

Herr Langbehn bittet ferner um eine Erläuterung der Kostenerhöhung 2014 zu 2015 bei den Personalaufwendungen im Produkt 11155.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Die Überprüfung der Kostenansätze hat ergeben, dass die Erhöhungen sich ausschließlich auf tarifliche Steigerungen beziehen und ferner eine Mitarbeiterin in Altersteilzeit gegangen ist. Diese Kostenanteile führen zu den dargestellten Ansätzen.*

Der Vorsitzende bittet um Erläuterung zu den Kostenerhöhungen bei den Bauhofleistungen sowie beim Konto 5271000. Die Verwaltung erklärt, dass die Erhöhung von 1,210 Mio.€ auf 1,320 Mio.€ beim Produkt 55100/ Grünflächenpflege für das Haushaltsjahr 2015 ausschließlich auf den auch für die Stadtbetriebe geltenden Erhöhungen durch die Tarifergebnisse beruht und durch den zuständigen Fachdienst IV.2 beantragt wurde. Ferner wurde z. B. im Produkt

54100/ Gemeindestraßen der Unterhaltungsaufwand durch den Bauhof um 40 T€ angehoben.

Bezogen auf die Kostenansätze bei Konto 5271000/ Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen ist darauf hinzuweisen, dass im Zuge der offenen Jahresabschlüsse 2009 und 2010 vielfach investive Kostenanteile in dieses Konto umgebucht wurden. Dieses erfolgte auf dem Hintergrund, dass die Einzelkosten eines Gegenstandes von bis zu 150 € netto maßgebend sind, nicht der Gesamtbetrag. So sind z. B. Klassensätze für Stühle und Tische ausschließlich im Ergebnishaushalt zu veranschlagen. Dieses gilt auch für den Buchetat. Auf diese Veranschlagung wird zunehmend konsequenter geachtet. Ferner wurde 2015 z. B. bei Produkt 12600/ Brandschutz eine Erhöhung um 20 T€ vorgenommen, um die Freiwillige Feuerwehr mit Dienstbekleidung für den Regeldienst auszustatten. Dieses ist 2016 abzuschließen (+ 21 T€/ p.a.). Ferner wurde der Etat Pionierweg von 32.400 € in 2014 auf 72.500 € ab 2015 angehoben.

Herr Egan fragt zur Kreisumlage nach, ob die Berechnung zutreffend sei. Der Berichterstatter verweist auf die dazu vorliegende Vorlage und teilt mit, dass diese Berechnung eine Umlagerhöhung von 3,0 % berücksichtige und mit dem Kreis abgestimmt sei. Im Haushaltsentwurf sei bislang eine Erhöhung von 1,5 % eingearbeitet.

Als Anlage 7 liegt der Haushaltsvorlage eine Übersicht über die speziellen Geschäftsaufwendungen in 2015 bei. Der Vorsitzende hinterfragt den Kostenansatz im Produkt 11115/ Zentrale Dienste von 140 T€ für 2015. Der Berichterstatter teilt mit, dass das Bauamt insgesamt eine Organisationsuntersuchung beantragt habe. Zu Produkt 11135/ Finanzverwaltung wird auf den Anteil für den Konzessionsvertrag Strom hingewiesen. Der Berichterstatter führt aus (siehe auch Protokoll 08.09.2014), dass für das komplexe Vergabeverfahren externe Unterstützung benötigt und beantragt wird. Herr Langbehn bittet um Prüfung, ob der Kostenanteil des Vergabeverfahrens nicht im Produkt der Konzessionsabgabe Strom veranschlagt werden müsste.

Herr Koch fragt nach, ob die investiv veranschlagten Kostenanteile im Produkt 54700/ ÖPNV für die Barrierefreiheit an den U-Bahnhöfen Kreisanteile umfassen. Dieses wird von der Verwaltung verneint. Träger der Baumaßnahme ist nicht die Stadt. Veranschlagt sind ausschließlich die von der Stadt zu leistenden Bau- und Planungskostenanteile.

Herr Koch fragt ferner nach – bezogen auf das Produkt 54600/ Parkeinrichtungen, warum die Verwaltung die Sanierung des Parkhauses ohne die Aufstockung des Lokschuppens veranschlagt habe. 2015 sei eine Stellplatzrücklage in Höhe von 500 T€ veranschlagt. Diese Rücklage könnte für die Aufstockung eingesetzt werden. Die Verwaltung teilt mit, dass ihr keine Kostenanmeldung, die eine Aufstockung des Lokschuppens umfasst, vorgelegt und entsprechend somit auch nicht berücksichtigt wurde. Auch sei eine entsprechende Beschlusslage nicht bekannt.

Zu Anlage 6 der Vorlage / Einmalige Unterhaltungsaufwendungen wird der Kostenansatz in Höhe von 40 T€ bei PSK 54700.5221010/ Industriestammgleis hinterfragt. Die Verwaltung teilt mit, dass dieser Kostenanteil bereits im Haushalt 2012 veranschlagt gewesen sei, aber anderweitig zur Deckung eingesetzt wurde. Er sollte erneut für den Haushalt 2013 beantragt werden, dieses ist versehentlich unterblieben und wird im Haushaltsjahr 2015 nachgeholt. Auf Nachfrage wird ausgeführt, dass aktuell unverändert keine Inbetriebnahme des In-

dustriestammgleises beabsichtigt sei, der Materialwert sei jedoch hoch.

Es sei erforderlich, den Pflanzenbewuchs zwischen den Gleisen zu entfernen. Bezogen auf den Kostenanteil in Höhe von 400 T€ für die energetische Sanierung des Eduard-Söring-Saales wird von Herrn Egan angemerkt, dass dieser Kostenanteil bereits mehrfach verschoben worden sei. Die Verwaltung bittet, Hintergrundinformationen im zuständigen Fachausschuss BKSA ggf. einzuholen.

Mit dieser Nachfrage endet die heutige erste Lesung zum Haushaltsplan 2015 ff.

Herr Langbehn fragt nach, wann in den Fraktionen zum Haushalt beraten werde.

Die Vertreter von FDP und BÜNDNIS 90/ Die Grünen erklären, dass dieses für den 25.10.2014 beabsichtigt sei. Die Fraktionen WAB, SPD und CDU beabsichtigen dieses für den 01.11.2014.

**10. Gewinn- und Verlustrechnung 2013 der städtischen Mietwohnungen**

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass der Wohnungsbestand der Stadt Ahrensburg in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen habe.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2013 für die Wohngebäude wird zur Kenntnis genommen.

**11. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer**

Herr Langbehn bittet, in der heutigen Sitzung hierüber nicht zu beschließen, sondern zur Hundesteuer im Rahmen der abschließenden Haushaltsberatung zum Haushalt 2015 zu beraten.

Der Finanzausschuss folgt dieser Bitte. Die Beschlussfassung wird vertagt.

**12. Änderung des Hebesatzes für die Allgemeine Kreisumlage im Rahmen der Haushaltssatzung 2015  
- Anhörungsverfahren der kreisangehörigen Gemeinden gem. § 27 (4) FAG**

Der Bürgermeister berichtet, dass in der vergangenen Woche ein bereits zweites Treffen der Bürgermeister – dieses Mal in Ahrensburg – stattgefunden habe, um sich zur Frage der Umlageerhöhung des Kreises Stormarn auszutauschen. Es sei festzustellen, dass es in den vergangenen Jahren im Wesentlichen zwei unterschiedliche Interessenlagen gegeben habe. 2014 sei zu beobachten, dass alle Bürgermeister/ Hauptverwaltungsbeamte des Kreises Stormarn einhellig die Anhebung ablehnen und dafür plädieren, erstens die endgültige Beschlussfassung zum Finanzausgleich abzuwarten und zweitens in 2015 die Auswirkungen durch diese Neuregelung zu beobachten. Als **Anlage** liegt diesem Protokoll die gemeinsame Erklärung vom 10.10.2014 zur Erhöhung der Kreisumlage zum Haushalt 2015 bei.

Eine vorsorgliche Erhöhung der Kreisumlage wird abgelehnt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kreisumlage jede Kommune erheblich belaste. Der Kreis habe sich – nicht zuletzt auch durch höhere Umlagen (obwohl ausdrücklich anerkannt wird, dass seit 2007 die Umlage nicht erhöht, sondern gesenkt wurde) – durch deutlich zu vorsichtige Haushaltsplanungen mit anschließend hohen Jahresüberschüssen in den vergangenen Jahren erheblich entschulden können. Die Bemühungen des Kreises, die Verschuldung weiter abzubauen und den Haushalt zu konsolidieren, wird von den Kommunen ausdrücklich anerkannt. Kommunen gelingen Entschuldungen nicht in vergleichbarem Umfang, auch deshalb nicht, weil diese eine Erhöhung der Kreisumlage letztendlich nicht verhindern könnten. Auch deshalb muss die vorsorgende Haltung des Kreises in 2014 für 2015 abgelehnt werden.

Ferner weist Herr Sarach darauf hin, dass bereits durch die ursprünglich in Aussicht genommene Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte ein Fehlbetrag im Kreishaushalt 2015 vermieden werden könnte. Deshalb ziele die nun in Aussicht genommene Erhöhung um 3,0 Prozentpunkte nicht nur auf einen ausgeglichenen Haushalt, sondern insbes. auf die Vermeidung einer neuen Kreditaufnahme ab.

Die Mitglieder des Finanzausschusses berichten über die Argumentation ihrer Fraktionskollegen auf Kreisebene. Herr Dr. Buchholz spricht von einem bei der Stadt Ahrensburg und den anderen Mitgliedern des Finanzausschusses offensichtlich nicht bekannten Bruch der Vertraulichkeit. Herr Langbehn hinterfragt, warum die Haltung des Kreises kritisiert werde, obwohl auch die Verwaltung die bekannten beabsichtigten Neuregelungen des Finanzausgleichs – wie z. B. die Erhöhung der Finanzausgleichsumlage – im Haushaltsentwurf 2015 berücksichtigt habe. Hierzu führt Herr Sarach aus, dass nicht kritisiert werde, die Auswirkungen in den Haushaltsentwurf bereits einzuarbeiten, sondern ohne Erfahrungen zur Haushaltsentwicklung 2015 die Kreisumlage vorsorglich um 3 % zu erhöhen. Der Finanzausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

Damit wird die Erhöhung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage ab 2015 um 3 % auf 37,5 % abgelehnt.

gez. Christian Conring  
Vorsitzende/r

gez. Angela Haase  
Protokollführer/in